

So offen das Programm einer Regierung unter einer möglichen Kanzlerin Angela Merkel auch sein mag, in einer Kernfrage grüner Politik hat sich die Union bereits deutlich geäußert – die Laufzeiten der Atomreaktoren sollen länger sein als bisher geplant. Udo Ernst Simonis blickt mit einiger Sorge auf die Umweltpolitik einer neuen Regierung und stellt die Frage, was „Schwarz“ will – und was es kann.

Treibt „Schwarz“ Grün raus?

Zukünftige Umweltpolitik

Udo E. Simonis

Nun, was Schwarz umweltpolitisch wirklich will, weiß man nicht so genau. Das die Schaffung von Arbeit oberste Priorität hat und diesem hehren Ziel alles andere untergeordnet wird, das meint wohl nicht nur die CDU/CSU, das dürfte so ähnlich auch im Wahlmanifest der SPD und der anderen Parteien stehen. Uneinigkeit herrscht allerdings wie immer über den Weg zum Ziel. Viele meinen, dass nicht nur die Sozialstandards auf dem Prüfstand stehen. Nicht zuletzt sind auch die geltenden Umweltstandards als Kostentreiber ins Visier der Sparpolitiker in den Reihen der Konservativen und Liberalen geraten. Nur noch Eins-zu-eins-Umsetzung europäischer Richtliniengesetze, Rücknahme des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, so liest man in Aufrufen und Kommentaren. Die Laufzeit der Atommeiler verlängern, den Ausbau des Ökostroms bremsen, den Klimaschutz an internationalen Maßstäben (den der USA?) orientieren – so kündigte es die Kanzlerkandidatin in einer Grundsatzrede beim Verband der deutschen Elektrizitätswirtschaft in Berlin an. Man wolle die Ökosteuer nicht sofort abschaffen, sie werde aber auf keinen Fall mehr erhöht.

Institutionell ist noch wenig bekannt geworden, aber einiges zu befürchten. Wenn man den Nationalen Ethikrat abschaffen will (der gerade erst neu berufen wurde), dann ist es nicht weit, den Rat für Nachhaltige Entwicklung zu beerdigen. In den Koalitionsverhandlungen in Schleswig-Holstein wurde die Umweltpolitik der Agrarpolitik nachgeordnet, in Nordrhein-Westfalen wurden

Umweltschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zusammengepackt. Was steht also für Berlin an? Für zahlreiche Ressorts werden zurzeit Ministerkandidaten gehandelt, doch für das Umweltressort ist kein Name im Gespräch. Wird es überhaupt weiterhin ein Bundesumweltministerium geben?

Während der grüne Umweltminister Trittin anfangs vielfach stolperte und gemobbt wurde, hat er sich später als erfolgreicher Langläufer und Innovator gezeigt. Der Präsident des Umweltbundesamtes bestätigte kürzlich, dass trotz schwieriger Bedingungen vieles auf den Weg gebracht worden sei. Und in der Tat, es gab Fortschritte unter Rot-Grün. Vielleicht wird man, wenn die Nachrufe geschrieben werden, der Umweltpolitik im Vergleich zu manch anderem Politikbereich einen Lorbeerkranz binden. Ja, es gab sogar so etwas wie Umweltpolitikintegration, die Verankerung des Umweltschutzes in anderen Bereichen der Staatstätigkeit.

In der Energiepolitik, beispielsweise, wurde Klimaschutz zu einer grundsätzlich parteiübergreifenden, wenn auch höchst konfliktreichen Politik. In der Agrarpolitik hat sich eines der konservativsten Ministerien ökologischen Zielen geöffnet, wenn auch weniger aus Einsicht denn als Reaktion auf die Liberalisierung des Welthandels, der konventionelle Agrarsubventionen zunehmend unter Druck geraten ließ.

Viele ökologische Probleme sind unter Rot-Grün nicht ausreichend, nicht auf Dauer oder überhaupt nicht gelöst worden. Das Klimaproblem wurde keineswegs überdramatisiert, es wurde in seiner Dynamik unterschätzt. Die Informationen über die Umwelteffekte von mehr als 30 000 Chemikalien sind völlig unzureichend. Die Artenvielfalt geht dramatisch zurück. Der Flächenverbrauch hält, wenn auch leicht vermindert, weiter an, wie auch die Boden- und Wasserbelastung. Viele Probleme seien, so meinte ein Mitglied des Sachverständigenrates (wird es den in Zukunft noch geben?), bei ihren Verursachern und den zuständigen Politikern eigentlich noch gar nicht angekommen. Auch deshalb bleibt die Integration von Grün in die umweltproblematischen Ressorts so wichtig. Womit wir bei der eingangs gestellten Frage angekommen sind, was sich eine neue Regierung an umweltpolitischer Regression überhaupt leisten kann.

Es ist schwer zu vermitteln, aber es ist ein Faktum: In der ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft liegen große Potenziale für zusätzliche Arbeitsplätze, für soziale Kohärenz und internationale Gerechtigkeit. Beispiele gefällig?

Beginnen wir mit der Finanzpolitik. Während weitgehend Konsens darüber besteht, dass die hohe Arbeitslosigkeit von den Lohnnebenkosten beeinflusst wird, ist es leichter, die Löhne zu senken als die Abgaben auf die Arbeitseinkommen. Und wenn dieser Zusammenhang überhaupt diskutiert wird, ist es leichter, die Mehrwertsteuer ins Spiel zu bringen als die Ökosteuer. Bei der derzeitigen Beschäftigungslage ist es zwingend, die Lohnnebenkosten zu senken. Ebenso zwingend ist es aber auch, den viel zu hohen Umweltverbrauch zu besteuern. Auch beim Subventionsabbau (Kohle, Eigenheime) und bei der Beseitigung von Steuerprivilegien (Landwirtschaft, Flugverkehr) wäre die Ökologisierung der Finanzpolitik ein wichtiger Ansatzpunkt.

Die Verkehrspolitik steht trotz heftiger Debatten erst ganz am Anfang der notwendigen ökologischen Modernisierung. Die Selbstverpflichtung der Automobilindustrie zur Treibstoffeinsparung ist Schnee von gestern. Der regulative Wettbewerb der Pionierländer von Hybridautos und Rußfiltern (Japan und Frankreich) droht die hiesigen Autobauer ins Abseits zu stellen, denen nicht viel mehr eingefallen ist, als die Effizienzsteigerung beim Spritverbrauch durch Erhöhung von Motorleistung und Fahrzeuggewicht (Allroader) zu neutralisieren und sich der notwendigen Integration der verschiedenen Verkehrsträger (Bahnen und Busse) zu verweigern. Eine Kerosinsteuer auf den Flugverkehr wäre in Europa ganz schnell realisierbar und läge zudem im Interesse eines fairen Wettbewerbs mit der Bahn. Stattdessen boomt die Billigfliegerei.

Schließlich und vor allem ist auch die Wirtschaftspolitik ökologisch gesehen ein Stiefkind geblieben. Die Umweltabteilung des Wirtschaftsministeriums scheint ihre vornehmste Aufgabe in der Einhegung des Umweltministeriums zu sehen. Die Inanspruchnahme der natürlichen Umwelt (Ressourcen wie Emissionen) ist weiterhin die Geschäftsgrundlage ganzer Wirtschaftszweige. Großer ökologischer Fußabdruck, schwerer ökologischer Rucksack, das ist weiterhin unsere Situation; von Zukunftsfähigkeit sind wir noch weit entfernt.

Die ökologische Grundfunktion des Staates betrifft daher die Sicherung der natürlichen Umwelt. Der Bedeutungszuwachs dieser Staatsfunktion ist dann existenziell, wenn sich weite Teile der Wirtschaft der ökologischen Modernisierung verweigern. Also müssen die Aufgaben zu Hause erst einmal gut erledigt werden. Doch umweltpolitischer Handlungsbedarf entsteht auch und zunehmend aus der Europäisierung und Globalisierung der Wirtschaft. Unter den Bedingungen der Europäischen Union und des Weltmarktes schafft nicht die Senkung der Sozialstandards, sondern die Verbesserung der Umweltstandards Sicherheit und ökonomische Vorteile. Mit den Löhnen Chinas kann Deutschland nicht konkurrieren wollen, doch hohe ökologische Qualität von Produkten und Technologien ist gefragt, zunehmend auch in China, um das gleich anzufügen. Solche Umweltinnovationen starten in aller Regel auf nationalstaatlich geförderten Leit-Märkten, bevor sie dann allseits diffundieren. Umweltfreundliche Produkte und Technologien haben per se ein europaweites, ein globales Marktpotenzial und sie treffen auf Nachfrage, die die Umweltverhältnisse früher oder später ohnehin erzwingen. In diesem Sinne gibt es nur wenige Politikfelder, die europäisch und global so vernetzt sind wie die Umweltpolitik.

Fazit: Wie immer auch die Wahl im September ausgeht, die ökologische Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nicht out, Grün darf nicht ins Aus getrieben werden. Sollte die Republik aber die politische Farbe wechseln, wäre es ein großer, ein unverzeihlicher Fehler, die ökologische (wie auch die soziale) Grundfunktion des Staates der ökonomischen Staatsfunktion zu unterwerfen, dem Wachstum des Bruttosozialprodukts einseitig Vorrang vor der Zukunftsfähigkeit von Produktion und Konsum zu geben.

Dr. **xxxx**, geb. xxxx

Kontakt
xxxxxx